

## **Antrag**

der Fraktion DIE LINKE

**Thema: Ablehnung der Einführung einer „Kopfpauschale“ in der gesetzlichen Krankenversicherung**

Der Landtag möge beschließen,  
die Staatsregierung zu ersuchen,

im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung Einfluss darauf zu nehmen, dass die beabsichtigte Einführung der sog. Gesundheitsprämie verhindert wird und es weiterhin eine solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gibt.

### **Begründung:**

Im nach der Bundestagswahl vom September dieses Jahres geschlossenen Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP vereinbarten die Parteien die Einführung einer einheitlichen Gesundheitsprämie für alle Bürgerinnen und Bürger. Dazu soll gleich zu Beginn der Legislaturperiode eine Regierungskommission eingesetzt werden.

Obwohl im Koalitionsvertrag weiterhin eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle als Ziel genannt wird, soll in Zukunft jedoch das Versicherungssystem derart geändert werden, dass langfristig das bestehende Ausgleichssystem in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, mit regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und mit einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen überführt wird.

Mit der Einführung des morbiditätsorientierten Risikoausgleichs (Morbi-RSA) wurde bei einer der letzten Gesundheitsreformen das Ziel verfolgt, einen Ausgleich zwischen beitragsstarken und einnahmeschwachen Krankenkassen in Ost und West zu schaffen. Nunmehr wird behauptet, dieses System wäre zu bürokratisch und anfällig für Manipulationen. Abgesehen vom latenten Betrugsvorwurf an die im Gesundheitswesen Beteiligten wird auf diese Art und Weise Vorschub geleistet für differenzierte Krankenkassenbeiträge, die in keinem Zusammenhang stehen mit der Entwicklung des tatsächlichen Morbiditätsgeschehens. Die Antragstellerin begehrt die Stärkung und den Ausbau eines Versicherungssystems, das sich vom Solidargedanken leiten lässt und in dem Gutverdienende und Gesunde mehr einzahlen als Einkommensschwache und Kranke. dann bleibt es dabei: „Wir wollen, dass auch in Zukunft alle Menschen in Deutschland unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko weiterhin die notwendige medizinische Versorgung qualitativ hochwertig und wohnortnah erhalten und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können.“ (Koalitionsvertrag)

Dr. André Hahn  
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 2. Dez. 2009

Eingegangen am:.....

Ausgegeben am:.....